



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Detlef Matthiessen (Bündnis 90/Die GRÜNEN)

und

Antwort

der Landesregierung – Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie,
Jugend und Senioren

Untersuchung auf PFT

1. Wurden oder werden in Schleswig-Holstein Untersuchungen über das Vorkommen der Chemikalie PFT (perfluorierte Tenside) durchgeführt?

Antwort:

In Schleswig-Holstein wurden aus den unter den Unterpunkten angeführten Gründen bis dato keine Untersuchungen in den genannten Medien über das Vorkommen von perfluorierten Tensiden durchgeführt.

- a. in Muttermilch

Der Landesregierung sind die vom Niedersächsischen Landesgesundheitsamt (NLGA) zusammen mit dem Fraunhofer Institut für Molekularbiologie durchgeführten Untersuchungen von Muttermilch bekannt. Im Rahmen dieser Studie aus dem Jahre 2004 wurden in Sammelproben Gehalte der zwei PFT-Verbindungen Perfluorhexansäure und der Perfluoroctansäure zwischen 5 und 10 ng/ml Muttermilch gefunden. Bezüglich einer möglichen gesundheitlichen Gefährdung durch Muttermilch geben die gefundenen Werte keinen Anlass, vom Stillen abzuraten. Es gibt keine Hinweise für die Annahme, dass in Muttermilchproben aus Schleswig-Holstein andere Gehalte als in Niedersachsen gefunden werden. Das Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit

Schleswig-Holstein (LGASH) steht zu dieser Thematik in engem Austausch mit dem Niedersächsischen Landesgesundheitsamt und der Kommission Humanbiomonitoring beim Umweltbundesamt.

b. in Trinkwasser

Das Trinkwasser wird in Schleswig-Holstein zu nahezu 100 % aus Grundwasser gewonnen. Grundwasserspeicher sind die sandigen Abschnitte der eiszeitlichen und voreiszeitlichen (tertiären) Lockergesteine, die in Tiefen zwischen 10 m und 300 m unter der Geländeoberfläche verbreitet sind. Die Regeneration des entnommen Grundwassers erfolgt aus versickernden Niederschlägen. Grundwasseranreicherungen durch Uferfiltration aus Oberflächengewässern spielen für die Wasserversorgung in Schleswig-Holstein keine nennenswerte Rolle. Eine Untersuchung von PFT im Grund- und Trinkwasser ist nicht vorgesehen, da sich aufgrund der oben beschriebenen hydrologischen Ausgangssituation für die Trinkwasserversorgung derzeit keine Anhaltspunkte für einen Schadstoffeintrag ergeben. Bisher vorliegende Ergebnisse aus anderen Bundesländern beziehen sich auf Trinkwasser, das aus Oberflächenwasser gewonnen wurde, beispielsweise aus Talsperren.

c. in Böden

Eine Bodenuntersuchung wäre nur im Falle eines vermuteten Schadstoffeintrages angezeigt. Hierüber liegen zurzeit in Schleswig-Holstein jedoch keine Anhaltspunkte vor.

d. in Düngemitteln

Nach derzeitigem Kenntnisstand wurde für Schleswig-Holstein bisher kein Untersuchungsbedarf bzgl. PFT in Düngemitteln gesehen.

2. Wenn ja, in welchem Umfang, wann und mit welchen Ergebnissen wurden Proben entnommen und analysiert?

Antwort:

Entfällt.

3. Hat die Landesregierung Kenntnis über mögliche Gefahren durch PFT in Schleswig-Holstein und welche Maßnahmen werden ggf. ergriffen?

Antwort:

Der wissenschaftliche Meinungsbildungsprozess zu den PFT ist in der EU, in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein noch nicht abgeschlossen. Eine differenzierte Gefährdungsabschätzung für PFT liegt mit Ausnahme einer

kürzlich veröffentlichten ersten Bewertung des Bundesinstitutes für Risikobewertung (BfR) zum Vorkommen von PFT in Fischen (Nr. 035/2006) bisher nicht vor.

Die Trinkwasserverordnung von 2001 enthält für PFT keine spezifischen Grenzwerte, eine „Vorläufige Bewertung von perfluorierten Verbindungen (PFT) im Trinkwasser am Beispiel ihrer Leitsubstanzen Perfluorooctansäure (PFOA) und Perfluorooctansulfonsäure (PFOS)“ liegt als Stellungnahme der Trinkwasserkommission des Bundesministeriums für Gesundheit beim Umweltbundesamt vom 21.06.2006 vor.

Nach Auskunft der Bundesgütegemeinschaft Kompost e.V. wurden im Zusammenhang mit der PFT-Problematik in Nordrhein-Westfalen bundesweit verschiedene Untersuchungen in Kompost- und Vergärungsanlagen durchgeführt. Alle Untersuchungen lagen unterhalb der Nachweisgrenze.

Im Rahmen des bundesweit umfangreichsten Untersuchungsprogrammes über die organische Schadstoffbelastung von kommunalen Klärschlämmen in Nordrhein-Westfalen wurden Fluortenside nicht nachgewiesen. Für Schleswig-Holstein wird deshalb nach jetzigem Kenntnisstand kein spezifischer Untersuchungsbedarf bzgl. dieses Schadstoffes im Klärschlamm gesehen.

Die Landesregierung behält sich jedoch vor, in Abhängigkeit der noch ausstehenden Ergebnisse und Erkenntnisse aus Nordrhein-Westfalen über mögliche Eintragsquellen von PFT in Düngemittel adäquate Maßnahmen einzuleiten.